

Die Forderungen in Sachen Sondermüllbeseitigung an die Landesregierung häufen sich:

Pressekonferenz über die Sondermülldeponie

Rehburg-Loccum (re). Der CDU-Kreisverband Nienburg lädt zu einem Gespräch und zu einer Pressekonferenz über das Problem „Sondermülldeponie Münchehagen“ ein.

Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kurt-Dieter Grill, informiert am Freitag, 25. Oktober, um 15 Uhr im Rehburger Rathausaal über den Sachstand „Sondermülldeponie Münchehagen“ und über Ergebnisse aus dem Untersuchungsausschuß „Sondermüll“. Weiter berichtet der Landespolitiker über die vergangene Landtagsdebatte, die sich mit Münchehagen befaßt hatte.

Anschließend, um 17 Uhr, ist eine Pressekonferenz angesetzt, in der die Landtagsabgeordneten Grill und Axel Schlotmann Aussagen über das Problem „Sondermülldeponie“ machen werden.

„Unverzüglich Schutzmaßnahmen für Bürger um Rehburg-Loccum treffen“

Beschluß des SPD-Bezirksparteitages zur Situation auf der Mülldeponie Münchehagen

Rehburg-Loccum/Hannover (re). Der SPD-Bezirksparteitag hat sich bei seiner jüngsten Sitzung in Hannover mit dem Problem „Sondermülldeponie Münchehagen“ beschäftigt. Den sieben Punkte umfassende Beschluß hat am Dienstagabend der SPD-Ortsvereinsvorsitzende von Rehburg-Loccum, Jürgen Wagner, der HARKE übermittelt. Wagner machte im Gespräch seine Befürchtungen deutlich, die im wesentlichen mit der Frage der Abwasserbeseitigungspflicht und mit möglichen Grundwasserunreinigungen durch die neue und alte Deponie zu tun haben.

In dem Vorwort zum Beschluß des SPD-Papiers heißt es: „Mit der Begründung, daß das Kuhlmann-Institut aus Ludwigshafen im Polder IV der Sondermülldeponie Münchehagen Seveso-Dioxin in einer vielfach höheren Konzentration als in Seveso in der Kernzone 1 festgestellt hat und, da die Behauptung der Fachbehörden vor dem 9. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß im niedersächsischen Landtag, daß Dioxin durch andere Medien wie beispielsweise Wasser nicht transportiert werden könne, sich als nicht zutreffend erwiesen hat, ist durch den ordentlichen Bezirksparteitag der SPD am 20. Oktober folgender Beschluß gefaßt worden:

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, unverzüglich zu veranlassen, daß

1. weitere sorgfältige Untersuchungen der Deponie Münchehagen auf Inhaltsstoffe, Menge und Konsistenz der Stoffe durchgeführt werden,

2. festgestellt wird, welche Betriebe angeliefert haben,

3. sofort eine Expertengruppe eingesetzt wird, die die örtlichen und Landesbehörden fachlich unterstützt,

4. Oberflächen und Sickerwasser nicht mehr abgefahren wird,

5. angesichts der Probleme, die in Münchehagen deutlich geworden sind, der Erweiterungsbeschluß für den Standort Hoheneggelsen aufgehoben wird,

6. auch in Hoheneggelsen die Altlasten eingehend untersucht werden,

7. das Grundwasser und Trinkwasser in dem Bereich untersucht wird.“

Zu diesem Forderungskatalog äußerten sich die Sozialdemokraten in Rehburg-Loccum wie folgt:

Aus Sicht des SPD-Ortsvereins Rehburg-Loccum ist zu hoffen, daß durch die Landesregierung und durch den Kreis unverzüglich Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung in Rehburg-Loccum sowie den angrenzenden Gemeinden getroffen werden und nicht durch Beschwichtigungskampagnen die Gefahren vermindert werden.“

Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Wagner machte im Gespräch mit der HARKE deutlich, daß das Problem der Abwasserbeseitigung für den Bereich der Sondermülldeponie dann auf Rehburg-Loccum zukame, „wenn der Landkreis die Stadt nicht von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit.“ Wagner führte weiter aus: „Dieses Problem der Zuständigkeit vor dem Hintergrund der noch zu klärenden Frage, ob das verseuchte Wasser unter Abfall zu subsumieren ist, muß geklärt werden.“

Zum politischen Konsens sagte der Ortsvereinsvorsitzende: „Ich gehe davon aus, daß alle Fraktionen der Stadt in dieser Sache an einem Strang ziehen.“

Zur möglichen Grundwasserbelastung durch die Sondermülldeponie erklärte Wagner: „Die Grundwasserströme fließen in Richtung Wiedensahl und weiter gen Petershagen. Die IIs die als Vorfluter des Wassers aus dem Polder IV a herhalten mußte, führt in wenigen Kilometern Entfernung an einem Grundwassergewinnungsgebiet vorbei.“ Zur Stützung seiner Ausführungen verwies Wagner auf ähnliche Beschreibungen im Heidfeld-Gutachten und in dem von der Gesellschaft für Sondermüllbeseitigung Münchehagen (GSM).

Wagner hält es für möglich, daß Giftstoffe in den Grundwasserkreislauf gelangt sein könnten.

Alle Fraktionen im Landtag sind für Bau der Verbrennungsanlage

Streit um Mönchshagen voll entbrannt / „Flucht nach vorn“

Eigener Bericht

ut/ge. Nienburg/Hannover

Die politischen Auseinandersetzungen über die Dioxinfunde in der Sondermülldeponie Mönchshagen (Kreis Nienburg) haben an Schärfe zugenommen. Der SPD-Landesvorsitzende Johann Bruns wiederholte am Mittwoch die Vorwürfe seiner Fraktion gegen Landwirtschaftsminister Gerhard Glup (CDU). Bruns drohte Ministerpräsident Ernst Albrecht, die SPD werde ihn persönlich zur Verantwortung ziehen, falls er die Vorhaltungen nicht widerlegen könne. Alle drei Oppositionsfraktionen warfen der Landesregierung vor, sie sei ohne Konzeption für die Sondermüllbeseitigung.

Besonders die Ankündigung Albrechts vom Dienstag, das Land werde für siebzig Millionen Mark eine Hochtemperaturverbrennungsanlage für Giftmüll bauen, löste heftige Reaktionen bei SPD, FDP und Grünen aus. Der SPD-Vorsitzende Bruns meinte, Albrecht habe das Versagen seiner Regierung bei der Giftmüllentsorgung eingestanden. Bisher habe Albrecht gerade Verbrennungsanlagen und die Deponierung von Sondermüll in Tiefenlagern (Salzkavernen) abgelehnt. „In der Giftmüllaffäre Mönchshagen wird der Fall Glup offensichtlich zu einem Fall Albrecht“, sagte Bruns.

Die Landtagsabgeordnete Charlotte Garbe (Grüne) nannte Albrechts Aussagen vom Dienstag eine Flucht nach vorn, um dem Sondermüllnotstand im Land nicht zu einer Giftmüllkatastrophe werden zu lassen. Frau Garbe warf der CDU-Fraktion im Landtag vor, genau die Forderungen der Grünen boykottiert zu haben, die sich Albrecht jetzt selbst zu eigen gemacht habe. Am 21.

Oktober hatten die Grünen nach Mitteilung von Frau Garbe für den Haushalt 1988 die Bereitstellung von 100 Millionen Mark für den Bau einer „Verbrennungsanlage für organische Sondermüllabfälle“ gefordert. Dies habe die CDU aber als „unseriös“ abgelehnt.

Auch die FDP reklamierte für sich, den Bau einer Hochtemperaturverbrennungsanlage für chemischen Abfall schon lange gefordert zu haben. Wenn dies nach der Ankündigung des Ministerpräsidenten nun endlich geschehe, sei das nur zu begrüßen, sagte der FDP-Abgeordnete Martin Hildebrandt am Mittwoch. Der Politiker machte Landwirtschaftsminister Glup zum Vorwurf, er habe erst gehandelt, als das Kind bereits in den Brunnen gefallen sei.

Der Sprecher der Landesregierung, Hilmar von Poser, wies die Vorwürfe der Opposition zurück. Zu keinem Zeitpunkt habe es in Mönchshagen Gefahren für die Umwelt gegeben, sagte er.

er | ber seien so etwa 150 Kinder und Jugendli- | nachdenken

Land will Giftmüllagerung künftig selbst übernehmen

Glup legt Rahmenentwurf vor / Zwei mögliche Modelle

Eigener Bericht

ut. Hannover

Die Landesregierung ist zu einer Abkehr von ihrem bisherigen Konzept der Beseitigung gefährlicher Sonderabfälle bereit. Unter dem Eindruck der Pleite der privaten Gesellschaft für Sondermüllbeseitigung Mönchshagen (GSM), die im August Konkurs angemeldet hatte, wird die Regierung voraussichtlich schon im November offiziell von ihrem bisherigen privatwirtschaftlichen Entsorgungskonzept Abschied nehmen. Landwirtschaftsminister Gerhard Glup, bisher entschiedener Fürsprecher der privaten Giftmüllbeseitigungsunternehmen, wird dem Kabinett vorschlagen, die Endablagung gefährlicher Abfälle künftig in die Verantwortung des Staates zu übernehmen.

Glup will dem Kabinett Anfang November seinen neuen Rahmenentwurf für die Sonderabfallbeseitigung in Niedersachsen vorlegen. Wichtigster Punkt bei der Neuorganisation der Beseitigung chemischer Abfälle in Niedersachsen wird dabei sein, daß das Land selbst in die Verantwortung für die Einlagerung von Giftmüll eintritt. Und zwar immer dann, wenn es sich um endgültige Einlagerungen von Giftmüll handelt, etwa in Tongruben, in Salzbergwerken oder Kavernen. Das Land will sich dagegen nicht bei der Abfallaufarbeitung (Recycling) oder der Müllverbrennung engagieren, dieser Bereich soll Privatfirmen vorbehalten bleiben.

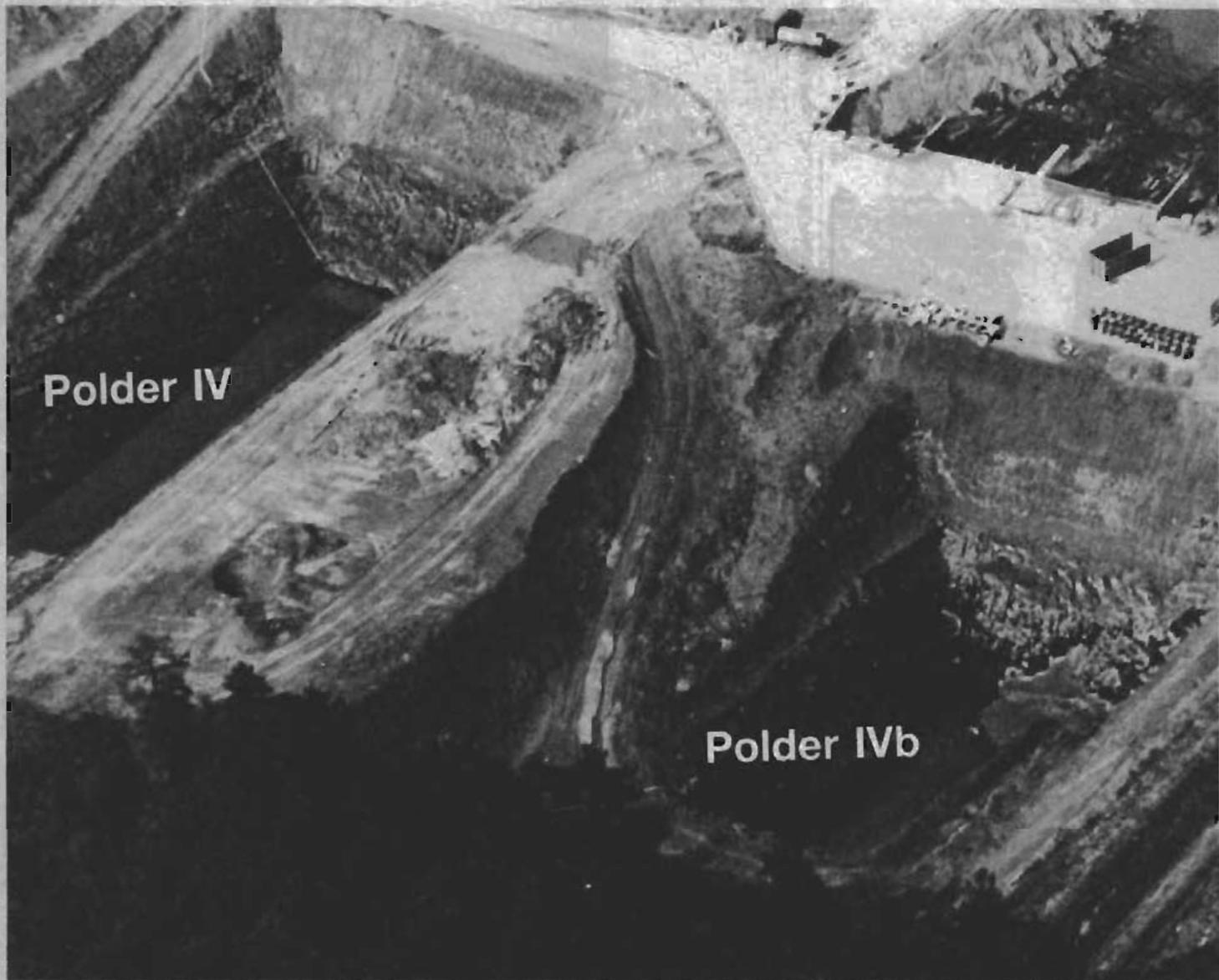
Im Landwirtschaftsministerium werden nur noch zwei Möglichkeiten der künftigen Beteiligung des Landes an der Giftmüllbeseitigung diskutiert, die beide dem Kabinett

zur Entscheidung vorgelegt werden sollen. Das eine Modell orientiert sich am Vorgehen des Landes Bayern, das für die Sondermüllbeseitigung eine Gesellschaft gegründet hat, in der das Land Bayern die Mehrheit hält, an der darüber hinaus aber auch Privatfirmen beteiligt sind. Die andere Möglichkeit wäre, daß das Land die Lagerstätten für Giftmüll selbst in Besitz nimmt, den Betrieb aber einem privaten Unternehmen übergibt.

Ein Sprecher des Landwirtschaftsministeriums meinte, die Änderung im Konzept der Sonderabfallbeseitigung sei eine Konsequenz aus dem Konkursantrag der GSM. Wie berichtet, hatte das Unternehmen, das in Mönchshagen in Tongruben über 320 000 Tonnen Giftmüll begraben hat, Mitte August Konkurs angemeldet. Das Land wird wahrscheinlich auf sämtliche Kosten für eine Sicherung der Deponie, in denen vor kurzem die weltweit höchste Konzentration des Seveso-Gifts Dioxin gefunden worden war, sitzenbleiben. Schon jetzt erwartet das Ministerium, daß die Sanierung des Geländes mindestens 2,5 bis 3 Millionen Mark kosten wird.

Im Zusammenhang mit den Dioxinfunden in Mönchshagen warf am Mittwoch der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Bartels, Landwirtschaftsminister Glup Versagen vor. In einem Brief schrieb Bartels, das Landesamt für Wasserwirtschaft habe von den extrem hohen Dioxinkonzentrationen auf dem Wasser des Polder IV in Mönchshagen schon seit dem 2. Oktober gewußt, jedoch die Arbeiter auf dem Deponiegelände nicht davor gewarnt. „Ich halte dies für einen skandalösen Vorgang“, schrieb Bartels.

...entation in Hannover



Ist wieder in die Schlagzeilen geraten: Die Sondermüll-Deponie in Münden, in deren Polder IV (links) das renommierte Institut Kuhlmann in Ludwigshafen das hochtoxische „Seveso-Gift“ Dioxin gefunden hat. Das Gift wurde aus dem seit Jahren verfüllten benachbarten Polder II durch die tonige Böschungswand in den Polder IV gedrückt. Das beängstigende Ergebnis des in hoher Konzentration von 1125 Mikrogramm pro Kilogramm gefundenen „Seveso-Giftes“ wurde erst am Dienstag abend in Nienburg bekannt. In der Zwischenzeit war das belastete Wasser über mehrere Wochen hinweg aus Polder IV von Münden zur Kläranlage nach Lemke gebracht worden. Die extrem hohen Werte betragen ein Vielfaches dessen, was einst in der Kernzone 1 in Seveso festgestellt worden war. Gegenwärtig befinden sich etwa 17 000 Kubikmeter Wasser in dem Polder. Wegen des Zweifels an der dauerhaften Standfestigkeit des Dammes zwischen den Poldern II und IV soll das belastete Wasser nach Mitteilung des Landkreises jetzt in den inzwischen leeren Polder IV b (rechts) übergepumpt werden. Gestern mittag hat Oberkreisdirektor Dr. Wilfried Wiesbrock auf der Deponie ein allgemeines Betretungsverbot – auch für Mitarbeiter des Niedersächsischen Landesamtes für Wasserwirtschaft – erlassen.

Lufffoto: Sommerfeld, freigegeben Bezirksregierung Braunschweig, Nr. 5475/141